



Frankfurt, den 19. Juni 2006

Resolution des Vorstandes der IG Metall

„Gegen die Zerstörung der sozialen Krankenversicherung - Für eine solidarische Bürgerversicherung“

Gegenwärtig werden in der Öffentlichkeit die Eckpunkte der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert. Auch wenn die Vertreter der Großen Koalition offensichtlich bemüht sind, die anstehenden Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und ohne eine umfassende Information der Öffentlichkeit zu treffen, sind einige Eckpunkte der Regierungspläne bekannt geworden.

Sollten sich diese Pläne bestätigen, so weisen die Vorhaben der Regierung in die falsche Richtung! Sie liefern nicht auf eine solidarische Reform, sondern auf die politische Zerstörung der sozialen Krankenversicherung hinaus! Einer hochwertigen und solidarischen Gesundheitsversorgung aller Teile der Bevölkerung würden die leistungsrechtlichen und finanziellen Grundlagen entzogen. Zu kritisieren und abzulehnen sind insbesondere:

- *Die Einführung eines so genannten Gesundheitsfonds mit gedeckelten Einnahmen und damit verbunden, zusätzliche „Kopfpauschalen“ bei einzelnen Krankenkassen:* Vor allem Krankenkassen, deren Versorgungskosten höher als die zugewiesenen Finanzmittel sind, wären dazu gezwungen, durch zusätzliche Kopfpauschalen einseitig ihre Versicherten zu belasten. Krankenkassen hingegen, die die zugewiesenen Finanzmittel nicht ausschöpfen müssen, sollen eingesparte Gelder an die Versicherten zurückgeben können. Die Folge wäre die Zerstörung des Solidarausgleichs zwischen Jungen und Alten, Gesunden und Kranken und ihren Krankenkassen.
- *Das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages:* Dies würde den endgültigen Abschied von der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung bedeuten. Die Arbeitgeber würden dauerhaft entlastet und die zu befürchtenden zukünftigen Kostensteigerungen einseitig den Versicherten aufgebürdet.
- *Die weitere Privilegierung der privaten Krankenversicherung und der privat Krankenversicherten:* Bisher tragen Besserverdienende nicht zum Solidarausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung bei. Es ist zu befürchten, dass diese Privilegierung nicht nur gesichert, sondern weiter gefestigt werden soll.
- *Die Eröffnung eines schädlichen Wettbewerbs zwischen den Krankenkassen um „gute Versicherungsrisiken“:* Um den Krankenkassen einen verschärften Konkurrenzkampf um Besserverdienende und überdurchschnittlich gesunde Versicherte zu ermöglichen, soll das Beitrags- und Leistungsrecht umfassend dereguliert werden. Ein solcher Wettbewerb um „attraktive Versicherte“ würde die Zwei-Klassen-Medizin verschärfen und vor allem zu Lasten sozial Schwacher und chronisch Kranker gehen.

- *Die Entmachtung der Selbstverwaltung:* Über die Höhe der Einzahlungen in den Gesundheitsfonds soll der Gesetzgeber entscheiden. Dies liefe auf eine Entmachtung der sozialen Selbstverwaltung von Versicherten und Arbeitgebern hinaus, die bisher die Beitragssätze der jeweiligen Kassen bestimmten.

Die IG Metall fordert: Mehr und nicht weniger Solidarität!

Die IG Metall lehnt die bisher bekannt gewordenen Eckpunkte der Großen Koalition strikt ab. Unser Motto lautet: Mehr und nicht weniger Solidarität muss Leitlinie der Reform sein! Als Alternative fordert die IG Metall die Realisierung einer solidarischen Bürgerversicherung, wie sie im Bundestagswahlkampf auch von der SPD gefordert wurde. Mit dem Konzept der „solidarischen Bürgerversicherung“ hat die IG Metall Vorschläge unterbreitet, die

- eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung für Alle sicherstellen und die Spaltung in eine Zwei-Klassen-Medizin überwinden,
- alle Bevölkerungsteile in ein gemeinsames, solidarisches System einbezieht und so Alle an dem notwendigen Solidarausgleich beteiligt,
- durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie die Einbeziehung von Einnahmen aus Geld- und Kapitaleinkünfte die Finanzierung stabiler und solidarischer macht,
- Prävention und Gesundheitsvorsorge fördern und Fehl-, Über- und Unterversorgung abbauen,
- die Selbstverwaltung der Krankenkassen stärken und die Markt- und Verhandlungsmacht der kassenärztlichen Vereinigungen und der Pharmaindustrie begrenzen.

Die IG Metall fordert die Vertreter der Großen Koalition auf, grundsätzlich falsche Weichenstellungen zu unterlassen. Sie fordert die Vertreter der SPD auf, zu den zentralen Eckpunkten der solidarischen Bürgerversicherung zu stehen. Dieses, von den Gewerkschaften mit entwickelte Konzept darf nicht dem Koalitionsfrieden geopfert werden. Die Abgeordneten der Parteien der Großen Koalition fordern wir auf, Maßnahmen zur Zerstörung der sozialen Krankenversicherung die Zustimmung zu verweigern.

Die IG Metall wird in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam mit dem DGB und anderen Bündnispartnern alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um für Mehrheiten für eine solidarische Gesundheitsreform zu streiten.